

Alexander Grau

© Anne Günther/FSU

Das Porträt: Tobias Rothmund

Prof. Dr. Tobias Rothmund ist Kommunikations- und Medienpsychologe. Nach seinem Studium arbeitete er zunächst in einem DFG-Projekt über die Rezeption und Wirkung gewalthaltiger Computerspiele. Nach seiner Promotion wandte er sich verstärkt Fragen der politischen Psychologie zu, also etwa dem Zusammenhang von Persönlichkeit und politischen Präferenzen und den psychologischen Grundlagen von Ideologien. Nach einer Juniorprofessur an der Universität Koblenz-Landau erhielt Rothmund 2018 einen Ruf an die Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Medien transportieren Weltanschauungen. Das lässt sich nicht vermeiden. Schon die Wahl eines Mediums ist eine Botschaft. Das Gleiche gilt für das Format, für das Genre, das Setting, den Plot.

Allerdings ist nicht jede medial vermittelte Weltsicht bewusst intendiert. Ob Disneys *Der König der Löwen* tatsächlich als Verklärung einer patriarchalen, vordemokratischen und genealogischen Ordnung gedacht war oder sich diese Botschaft eher indirekt aus dem Konzept einer traditionellen Dramaturgie und ökonomischen Erwägungen ergeben hat, sei dahingestellt.

Um die Allgegenwart ideologischer Botschaften zu demonstrieren, verweist der slowenische Philosoph und Kulturkritiker Slavoj Žižek gern auf John Carpenters Science-Fiction-Film *Sie leben*, in dem es eine Sonnenbrille dem verwirrten Protagonisten Nada erlaubt, die Botschaften hinter den Dingen zu lesen. Worauf Žižek hinaus will: Jedes Artefakt hat eine weltanschauliche Botschaft, jede Tütensuppe steht für eine Weltsicht, und insbesondere die Medien bombardieren den Menschen des Massenmedienzeitalters im Stakkato mit ideologischen Botschaften. Wir können nicht nicht ideologisch sein.

Um jedoch die Wirksamkeit einzelner Ideologien zu verstehen, muss man bei jedem Einzelnen anfangen, seiner Sozialisation, seiner kulturellen Prägung. Seit Jahren befasst sich der Psychologe Tobias Rothmund daher mit Fragen der politischen Psychologie: Wie bilden sich weltanschauliche Präferenzen aus, welche psychologischen Prozesse liegen politischen Haltungen oder Wahlentscheidungen zugrunde? Wie hängen einzelne politische Überzeugungen vom Gesamtweltbild ab? Woher nehmen Menschen ihre Ideologie? Und wie konstituieren sich Protestbewegungen?

Die Psychologie der Weltanschauungen ist keine neue Disziplin. Kein Geringerer als Karl Jaspers legte 1919 erstmals ein umfangreiches Buch gleichen Titels zu dem Thema vor. Der Zeitpunkt überrascht wenig. Mit der Psychologie von Ideologien und politischen Einstellungen befasst man sich bevorzugt in unruhigen Zeiten und dann, wenn alte Gewissheiten schwinden.

Rothmunds Weg führte ihn von der klassischen Psychologie zur Medienpsychologie, schließlich zur Wirkungsforschung von Computerspielen und erst dann zur politischen Psychologie. Sein Studium begann er in Trier, zunächst weniger aus Neigung zur alten römischen Residenzstadt, sondern aufgrund der Unwägbarkeiten der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze. „In dem Wunsch, die große weite Welt zu sehen, hatte ich mich in Städten wie Berlin oder Hamburg beworben. Aber das war natürlich naiv. So landete ich zunächst in Landau und dann über einen Studienplatztausch in Trier“, erinnert sich Rothmund. „Rückblickend war das allerdings eine gute Fügung. Die Psychologie in Trier war damals ausgesprochen interessant, insbesondere was die Forschung angeht. Und zudem führte die etwas abseitige Lage von Trier dazu, dass alle Menschen, mit denen ich damals zu tun hatte, sich diesen Ort irgendwie zu eigen machen mussten. Das hatte ein sehr angenehmes soziales Umfeld zur Folge.“

»Wir können nicht nicht ideologisch sein.«

Schon vor seinem Studium arbeitete Rothmund mit entwicklungsbeeinträchtigten Jugendlichen, ein Interesse, das er während des Studiums vertiefte und ihn dazu motivierte, nach seinem Diplom bei der Frühförderstelle für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen und -störungen in Landshut zu arbeiten.

Gewalthaltige Spiele und soziales Vertrauen

Im Jahr 2006 ging Rothmund dann zurück an die Universität und wurde Mitarbeiter im interdisziplinären DFG-Forschungsprojekt zur Rezeption und Wirkung gewalthaltiger Computerspiele, ein Thema, das die Öffentlichkeit in den 00er-Jahren intensiv beschäftigte.

Ausgangspunkt des Projekts war die Überlegung, dass gewalthaltige Videospiele kontextuelle und normative Hinweise geben, die bei entsprechend empfänglichen Rezipienten ein Wahrnehmungs- und Interpretationsschema aktivieren können, das zu feindseligen Attributionsverzerrungen, Misstrauen und der Erwartung egoistischen und rücksichtslosen Verhaltens anderer führt und als Legitimation für eigenes antisoziales Handeln eingesetzt werden kann.

„Wir wollten uns“, erläutert Rothmund, „von der Frage lösen, inwieweit Aggression in Videospiele eigenes aggressives Verhalten auslöst, und stattdessen untersuchen, inwiefern Aggression in der Lage ist, Vertrauen und Kooperation in sozialen Beziehungen zu untergraben.“

Um diese Frage empirisch zu untersuchen, arbeiteten Rothmund und seine Kollegen mit sozialen Dilemmasituationen, die Versuchspersonen in Spielen präsentiert wurden. So wurden Probanden gebeten, einem Unbekannten Geld zu leihen, mit der Aussicht, dass beide gewinnbringend aus diesem Geschäft hervorgehen – ein Szenario also, das Vertrauen voraussetzt und in seiner Grundstruktur im Alltag häufig anzutreffen ist. „Zusammengefasst fanden wir heraus, dass Menschen, die mit aggressiven Avataren interagierten, zu einer verringerten Kooperationsbereitschaft neigen, die im Grunde nur mit einer reduzierten Vertrauensbasis erklärbar ist.“

»Das Grundproblem ist [...], dass die traditionellen Medien in der Emotionalisierungs- und Moralisierungsspirale genauso gefangen sind wie die Akteure auf Twitter.«

Um ein möglichst belastbares Ergebnis zu erzielen, arbeiteten Rothmund und seine Kollegen mit unterschiedlichen Aggressionsvarianten. „Tatsächlich“, so der Wissenschaftler, „hingen die Kooperationserwartungen mit dem Grad der Feindseligkeit der Spiel-Avatare zusammen“. Je aggressiver die Avatare in der Spielsituation agierten, umso größer war das Misstrauen der Versuchspersonen in die Kooperationsbereitschaft der Mitmenschen in der Realität. Diese Übertragung negativer Erfahrungen und des damit einhergehenden Argwohns von der Welt der Computerspiele in die Wirklichkeit erfolgt weitgehend unbewusst und wird insbesondere dann wirksam, wenn der reale Kooperationspartner fremd ist und keine weiteren Informationen über ihn zur Verfügung stehen. Es liegt somit der Verdacht nahe, dass Gewalt in Videospielen nicht so sehr die direkte Gewaltbereitschaft fördert, sondern zunächst antisoziale Erwartungen gegenüber Mitmenschen begünstigt.

Rothmund beklagt die zunehmend polarisierte fachwissenschaftliche Debatte über die Folgen gewalthaltiger Computerspiele: „Es gibt innerhalb der Forschung im Prinzip zwei Fraktionen, die sehr unterschiedliche Lesarten der wissenschaftlichen Ergebnisse haben und auch sehr unterschiedliche Forschungsbeiträge liefern. Diesen beiden Gruppen möchte ich mich nicht zuordnen. Mir geht es darum, die Risiken und Chancen von Computerspielen möglichst ausgewogen und unvoreingenommen zu betrachten.“

Offensichtlich könnten solche Spiele wünschenswerte und negative Effekte auf ihre Nutzer, insbesondere auf Kinder und Jugendliche haben. Doch im Grunde sei immer noch nicht geklärt, wie diese Effekte genau eintreten. Gewalt sei letztlich ein austauschbares Thema. Viel interessanter sei aus seiner Sicht die Frage, wie es Medien schaffen, Menschen kurzfristig und langfristig zu beeinflussen. Um langfristig zu wirken, müssen Medien nicht nur momentane Affekte oder Stimmungen erzeugen, sondern dauerhaft das Weltbild der Rezipienten verändern. Wenn sich Tobias Rothmund in den folgenden Jahren verstärkt mit der Psychologie von Ideologien befasste, so war dieser neue Themenschwerpunkt keinem grundlegenden Interessenwechsel geschuldet, sondern knüpfte an alte Fragestellungen unmittelbar an.

Psychologie der Ideologien

Der Mensch ist ein soziales Wesen. In sozialen Strukturen und Gruppen werden politische Entscheidungen getroffen, Institutionen ausgebildet, Ressourcen verteilt und es wird eine gesellschaftliche Ordnung geschaffen. Wie sich der Einzelne in dieses politische Leben einbringt und welche Präferenzen er dabei hat, hängt von seinen normativen Vorstellungen der Gesellschaft und somit von seinem Weltbild ab. Und das wiederum ist Produkt seiner Erfahrungen und deren psychologischer Verarbeitung.

Doch Politik muss immer auch kommuniziert werden und ist selbst zu einem nicht unerheblichen Teil Kommunikation. Damit ergibt sich ein Spannungsfeld aus Politik, Psychologie und Kommunikation. „In den letzten 20 Jahren ist außerdem ein Strukturwandel politischer Kommunikation hinzugekommen. Die traditionelle Kommunikationsstruktur wurde durch die digitalen Medien aufgebrochen. Die alten Medien haben ihre traditionelle Rolle als Vermittler und Gatekeeper in der politischen Kommunikation teilweise eingebüßt und sind durch neue Akteure und Interessengruppen ersetzt worden.“

Hinzu kommt, dass auch die Politik selbst sich der neuen Medien bedient, um sich direkt an die Menschen zu wenden. Das gilt nicht nur für den twitternden US-Präsidenten, sondern auch für Minister, Abgeordnete und Lokalpolitiker. „Wir erleben eine qualitative und quantitative Veränderung der Möglichkeiten, in politischen Kontexten zu interagieren“, fasst Rothmund zusammen.

Kennzeichnend sei eine generelle Fragmentierung politischer Diskurse an ideologischen Grenzlinien entlang, die durch entsprechende Algorithmen noch verstärkt würden. Tatsächlich würden sich heutzutage unterschiedliche Personengruppen in sehr unterschiedlichen Erlebniswelten entwickeln, die wiederum auf Interessen und Einstellung zurückwirkten. In der Folge komme es zu einer Emotionalisierung und häufig auch Moralisierung der politischen Debatte. „Das liegt auch daran, dass moralisierende oder emotionalisierende Inhalte in sozialen Netzwerken schneller geteilt oder retweetet werden. Emotionalisierung und Moralisierung sind Techniken, um Aufmerksamkeit zu erzeugen, die in den digitalen Netzwerken sehr gut funktionieren und daher auch benutzt werden.“

Diese weltanschaulich motivierten Emotionalisierungen würden auch deshalb so gut funktionieren, weil Emotionen bei der Herausbildung unserer jeweiligen Ideologien eben eine nicht unwesentliche Rolle spielten. „Menschen“, so Rothmund, „unterscheiden sich etwa darin, wie risikobereit sie sind. Manche suchen das Risiko, manche sind eher vorsichtig. Und natürlich wirken sich solche Persönlichkeitseigenschaften unmittelbar auf politische Einstellungen aus.“

Allerdings ist es so, dass solche Persönlichkeitsmerkmale allein eine politische Haltung nicht festlegen. Wäre dem so, würden sich alle ängstlichen Personen in einer Partei organisieren. Faktisch aber stünden sich im aktuellen Diskurs zwei Angstlager gegenüber: die einen, die Angst vor dem Klimawandel hätten, und die anderen, die Angst vor der Globalisierung

und Migrationsbewegungen hätten. Bei der Wahl politischer Überzeugungen kämen somit noch persönliche Wertepräferenzen hinzu, beispielsweise, ob man eher universale Gerechtigkeitsfragen für zentral halte oder regionale Loyalität.

Das würde auch erklären, weshalb Menschen sich in Clustern von Meinungen und Einstellungen organisieren, die auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun haben. Wer Vegetarier ist, ist zumeist auch gegen Atomkraft und für eine offene Migrationspolitik. Alle drei Punkte haben auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun, man müsste sie nicht zusammen vertreten. Tatsächlich aber stehen hinter diesen Einzelüberzeugungen höherstufige Werte und Überzeugungen, die diese zunächst isolierten Ansichten zu einem weltanschaulichen Cluster zusammenbinden.

„Es gibt so etwas wie eine ideologische Superstruktur“, erläutert Rothmund, „also eine interne Rationalität von Ideologien, die sich auf einige wenige Grunddimensionen zurückführen lässt. Diese Strukturen spiegeln fundamentale Spannungsverhältnisse wider, die wir in unseren Sozialleben permanent vorfinden.“ Ein gutes Beispiel sei der Konflikt zwischen dem Festhalten an Traditionen und der Idee des Fortschritts. Beide Modi seien – für sich genommen – für eine Gemeinschaft keine gute Strategie. Deshalb müssten sie immer wieder neu ausgehandelt werden und organisierten sich entsprechend.

Ideologie und Kommunikation

„Ein Grundproblem der aktuellen politischen Konflikte liegt sicher in der Beschleunigung unserer Lebenswelt und der damit einhergehenden Veränderungen. Wir werden mit einer stetig wachsenden Menge an Information konfrontiert. Wie wir mit dieser wachsenden Komplexität der Lebensumwelt umgehen, das ist eine Grundfrage unserer Zeit“, hält Rothmund fest. Da Menschen auf diese Veränderungen unterschiedlich reagieren, kommt es zu Konflikten zwischen denen, die der Umgestaltung ihrer Lebenswelt im Grunde positiv gegenüberstehen, und solchen, die das nicht tun.

Die Radikalisierungstendenzen, die in vielen Ländern nicht nur der westlichen Hemisphäre feststellbar sind, führt der Medienpsychologe letztlich auf die Fragmentierungsprozesse zurück, die charakteristisch für moderne Gesellschaften seien. „Menschen mit ausgeprägten politischen Meinungen finden heute leichter ihresgleichen und können sich so in der Gemeinschaft der Gleichgesinnten weiter radikalieren. Das sind größtenteils Mobilisierung- und Polarisierungseffekte, die es auch schon in Zeiten vor dem Internet gab, die heute nur stärker zum Tragen kommen.“ So konnten sozialpsychologische Untersuchungen schon in den 1980er-Jahren zeigen, dass sich bei Diskussionen innerhalb einer Gruppe Gleichgesinnter die Ansichten dieser Gruppe weiter radikalieren. Unter den Bedingungen moderner digitaler Kommunikation würden sich solche Effekte noch verstärken, da die Menschen sich nicht nur in Echokammern zusammenfänden, sondern zugleich einen viel besseren Zugriff auf Meinungen und Ansichten hätten, die sie als provozierend empfinden.

„Die Frage ist nun“, gibt Rothmund zu bedenken, „ob diese Emotionalisierung des politischen Diskurses tatsächlich ein Breitenphänomen ist oder auf die Meinungsführer beschränkt bleibt“. Insbesondere Twitter werde vor allem von den intellektuellen Eliten genutzt, die sich in unterschiedlichen ideologischen Kontexten bewegen und die politischen Diskurse stark zu beeinflussen scheinen – auch wenn das jemand in der Welt jenseits von Twitter kaum mitbekommt.

Netzwerke wie Twitter hätten daher eher eine indirekte Wirkung, insbesondere über den traditionellen Journalismus, dessen Themen und Meinungen sie beeinflussen würden, da viele Journalisten an den Debatten bei Twitter und Co. beteiligt seien und hier eine doppelte Rolle spielten. „Das Grundproblem ist daher, dass die traditionellen Medien in der Emotionalisierungs- und Moralisierungsspirale genauso gefangen sind wie die Akteure auf Twitter.“ Letztlich mache die Frage nach dem Inhalt, mit dem möglichst viele Klicks generiert werden können, auch vor den etablierten Medienseiten nicht halt. Daher würden dort die Konflikte aus den sozialen Netzen nur allzu gerne aufgegriffen. „Die Frage ist also eher: Ist es in der Logik des Journalismus, zum Frieden in der Welt beizutragen oder Konflikte zu schüren?“

Tobias Rothmunds Forschungsinteresse gilt jedoch weniger den Verstärkern politischer Konflikte, sondern deren ideologischer Basis. Zurzeit arbeitet er daher an den unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen der politischen Linken und der politischen Rechten. „Soziale Konflikte“, erläutert der Wissenschaftler, „entstehen häufig aufgrund unterschiedlicher Gerechtigkeitsvorstellungen. Gleichzeitig wird dem politischen Kontrahenten jedes Interesse für Gerechtigkeitsfragen abgesprochen“. Linke etwa sähen insbesondere in der Realisierung von Gleichheit ein Kriterium von Gerechtigkeit, während Liberale und Konservative zumeist eine leistungsbezogene Verteilung von Gütern als gerecht empfänden. Allerdings würden die Voraussetzungen dieser sehr unterschiedlichen Gerechtigkeitskonzepte viel zu selten kommuniziert, was die daraus entstehenden Konflikte noch zusätzlich verstärkte. Viele ideologische Auseinandersetzungen könne man aber schon dadurch entschärfen, dass man die unterschiedlichen Präferenzen und Voraussetzungen der beteiligten weltanschaulichen Positionen deutlich mache. Dann werde klar, dass der ideologische Gegner kein Unmensch sei, sondern dieselben Ideale habe, nur andere Wege verfolge, um diese zu erreichen.



Dr. Alexander Grau arbeitet als freier Kultur- und Wissenschaftsjournalist u. a. für „Cicero“, „FAZ“ und den Deutschlandfunk.